

Apropos 48:

(Schweizer) Kuschelpolitik für Kriegsverbrecher?

Das der Kriegsverbrecher an der Spitze der USA und seine Justizminister (insbesondere der inzwischen zurückgetretene Alberto Gonzales) den Rechtsstaat aushebeln (oder es zumindest versuchen), ist ein Skandal, aber inzwischen leidlich bekannt. Zudem hat im Juni 2008 ein Bericht des Inspektors des US-Justizministeriums aufgedeckt, dass das Ministerium seit 2002 «politische oder ideologische» Faktoren bei der Auswahl ihrer neuen Juristen zugrunde gelegt hat. Neue Bewerber wurden demnach auf konservative oder liberale Sichtweisen überprüft und anschließend die konservativ ausgerichteten Bewerber «mit einem bedeutend höheren Anteil» angestellt. Die beiden Tageszeitungen *International Herald Tribune* und die *New York Times* stellten deshalb fest: «Es zeigte sich nun zum ersten Mal in einer amtlichen Untersuchung, dass viele Beschuldigungen von Kritikern bestätigt wurden, die dem Justizministerium vorgeworfen hatten, während der Bush-Administration übermäßig politisiert worden zu sein.»¹

Apropos Kriegsverbrecher: Der frühere stellvertretende Finanzminister unter Ronald Reagan und Miterfinder der «Reaganomics», Paul Craig Roberts, meint: «Bushs Kriegsverbrechen wurden mit Hilfe der politischen Führer von Großbritannien, Spanien, Kanada und Australien ermöglicht. Die Verantwortlichen der Staaten der ›Koalition der Willigen begingen Kriegsverbrechen‹ und sind Kandidaten für die Anklagebank.»² Das Gleiche sagte Benjamin Ferencz, einer der Ankläger der Nürnberger Prozesse, in einem Fernsehinterview.³

Schweizer Justizminister untergräbt Unabhängigkeit des Landes

Dass Regierung und Justizminister der USA den gegenüber anderen Ländern so beschworenen Rechtsstaat aushebeln, ist – wie gesagt – ein Skandal, aber inzwischen nicht mehr ganz neu. Bis vor kurzem nicht bekannt war aber, dass die Regierung – und allen voran der Justizminister! – eines Landes, das sich an der Spitze der Menschheitskultur wähnt, genauso vorgeht: Im letzten *Apropos* wurde geschildert, dass die Schweizer Regierung – skandalöserweise – in ein hängiges Gerichtsverfahren eingegriffen hat und im großen Stil Akten gegen die mutmaßlichen Atomschmuggler Tinner vernichten ließ. Man stelle sich vor: Eine Regierung greift in ein Gerichtsverfahren ein! Das gibt es bisher nicht einmal in den USA, sondern nur in sogenannten Bananenrepu-

bliken! Mit falschen Aussagen wollte die Regierung vertuschen, dass sie aus «Gehorsam» gegenüber den USA zum wiederholten Mal illegale Aktivitäten der CIA auf Schweizer Boden geduldet und unterstützt hat. Der Verfassungsbruch ist noch zusätzlich besonders skandalös, weil sich der damalige Justizminister Christoph Blocher (der inzwischen vom Parlament in seinem Amt aus anderen Gründen nicht mehr bestätigt wurde) seit Jahrzehnten als Superpolitiker für die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz und die direkte Demokratie aufspielt, aber dann – wenn es darauf ankommt – so etwas wie Landesverrat begeht.

Dem einen oder der anderen könnten nun Zweifel aufsteigen und so die Frage: *Werden wir richtig informiert?* Könnte es nicht sein, dass uns auch der Herr Bernstein – aus welchen Gründen auch immer – an der Nase herumführt? Diesem Verdacht können wir nur begegnen, indem wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der richtigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir wirklich Gefahr, von Medien, Behörden, Wissenschaftlern oder auch von Herrn Bernstein in die Irre geführt zu werden.

Die New York Times belegt Verfassungsbruch der Schweizer Regierung

Eine solche Information ist ein kürzlich erschienener Artikel der amerikanischen Tageszeitung *New York Times*, in dem aufgrund von Insiderinformationen berichtet wird, dass die Zerstörung von umfangreichem Beweismaterial gegen die mutmaßlichen Atomschmuggler Tinner durch die Schweizer Regierung «auf Wunsch des amerikanischen Geheimdienstes CIA erfolgt sei. Dieser habe auf diese Weise verhindern wollen, dass seine engen Beziehungen zu den Tinnern bekannt würden.»⁴ Weiter heißt es, «dass die CIA im Laufe einer mehr als vierjährigen Kooperation den Tinnern rund zehn Millionen Dollar gezahlt habe, zum Teil in einem Koffer, vollgestopft mit Banknoten. Als Gegenleistung hätten Tinner und seine Söhne den Amerikanern einen stetigen Informationsfluss geliefert.» Zitiert wird Gary Samore, der zu der Zeit Mitarbeiter im Stab des Nationalen Sicherheitsrates der Vereinigten Staaten war: «Die Beziehung zu den Tinnern ›war von großer Bedeutung‹. Durch sie hätten die Amerikaner erstmals erfahren, dass

die Iraner Zentrifugen zur Urananreicherung erworben hätten.» Und: «Obwohl dem US-Geheimdienst klar war, dass eine Vernichtung der Tinner-Akten die Strafverfolgung von Tinner und seinen Söhnen in der Schweiz untermünieren würde, erschien ihnen das offensichtlich als das kleinere Übel. Ein öffentlicher Prozess, so fürchteten sie, würde nicht nur die Beziehungen des US-Geheimdienstes CIA zu den Tinnern enthüllen, sondern auch Bemühungen, weitere Informanten auf dem Felde anzuwerben, erschweren.» Ein «hoher Geheimdienstbeamter» in Washington wird zitiert: «Wir sind sehr glücklich darüber, dass es die Akten nicht mehr gibt.» Weniger glücklich ist man offenbar in Wien, wo «die Zerstörung der Tinner-Akten zu erheblicher Verstimmung bei der Internationalen Atomenergie-Agentur» geführt habe. (Man erinnert sich: Die Schweizer Regierung hat behauptet, die Zerstörung sei auf Wunsch dieser Agentur erfolgt...) «Sie beklagt, sie sei dadurch in erheblicher Weise in ihren Bemühungen behindert worden, die Weiterverbreitung von nuklearer Technologie aufzuklären und zu unterbinden. Das Ziel der Amerikaner, ihre Beziehungen zu den Tinnern geheim zu halten, hätte sich auch auf anderen Wegen erreichen lassen.» Die *New York Times* zitiert allerdings europäische Diplomaten, «die davon ausgehen, dass die Akten in Washington nicht nur studiert, sondern auch kopiert worden seien, bevor sie in der Schweiz vernichtet worden sind.»⁵ Im übrigen – so muss der informierte Beobachter hinzufügen – ist es nicht ausgeschlossen, dass auch anderswo Duplikate dieser Akten vorhanden sind...

Dass die Anwälte der mutmaßlichen Atomschmuggler Tinner inzwischen behaupten, dass die CIA ihren Mandanten nicht zehn, sondern nur eine Million Dollar bezahlt habe⁶, ist für unseren Gesichtspunkt nebensächlich. Auch die Möglichkeit, dass andere Details im *New York Times*-Artikel manipuliert worden sind, um einen bestimmten Eindruck zu erwecken, ist hier nicht von Belang. Denn klar ist offensichtlich, dass die Regierung der Schweiz auf Betreiben der CIA und der Bush-Regierung einen Verfassungsbruch begangen hat.

Schon 1990...

An sich ist es kein Geheimnis, dass die CIA seit Jahrzehnten in der Schweiz (und anderswo) interveniert, wenn ihr etwas nicht passt. Ältere Schweizerinnen und Schweizer können sich noch lebhaft an die «Fichenaffäre» erinnern. Da waren – wie nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 nach und nach auskam – Hunderttausende bespitzelt, überwacht und kontrolliert worden. Nachforschungen brachten insgesamt rund 900 000 amtliche «Fichen» (Registerkarten) zum Vorschein, die manch-

mal auch Einträge enthielten, die an der Geistesverfassung des Denunzianten zweifeln ließen, z.B.: «trinkt abends gerne ein Bier». Betroffen waren mehr als 700 000 Personen und Organisationen, also mehr als zehn Prozent der gesamten Bevölkerung von damals, etwa 6,5 Millionen Menschen. Die Aufdeckung des Skandals verursachte einen Entrüstungssturm. Das Vertrauen vieler Bürger in den Schweizer Staat war erschüttert. Zahlreiche wollten ihre persönliche Fiche einsehen. Sie erhielten schließlich Kopien, auf denen die Namen von Drittpersonen abgedeckt worden waren, um die Identität der Informanten geheimzuhalten. Einzelne durften in einem Lesesaal in der Hauptstadt Bern ihr umfangreiches Dossier einsehen. So erfuhr auch der ehemalige Chefredakteur einer – durch und durch bürgerlichen – Berner Tageszeitung, dass «seine sämtlichen Telefongespräche mit Angehörigen der Botschaften östlicher Staaten» vermerkt worden waren. Als er darüber in «seiner» Zeitung berichtete, scheuchte er damit den US-Geheimdienst CIA auf. Einer ihrer Vertreter wurde sofort bei der Bundesanwaltschaft (der obersten Anklagebehörde der Schweiz) vorstellig und beschwerte sich – wie eine interne Aktennotiz zeigt –, er sei «schockiert» und könne «nicht verstehen», wie die Schweiz dazu käme, «derart empfindliche Informationen der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Solche Informationen würden in den USA unter die geheimzuhaltenden Themen fallen, da sie eine lebenswichtige Informationsquelle und Fahndungsmethode bekanntgeben würden.» Zum Schluss erklärte der CIA-Mann, der US-Botschafter in der Schweiz habe «durchblicken» lassen, dass «es vielleicht gut wäre», mit dem schweizerischen Justizminister zu sprechen. Offenbar hat dieses Gespräch dann auch stattgefunden, denn die CIA-Warnungen sind «ungefiltert» in die weitere politische Arbeit der Schweizer an diesem Skandal eingeflossen⁷.

Verdeckter Krieg von CIA und Nato

Dennoch scheint diese Intervention verglichen mit dem heutigen Verfassungsbruch relativ harmlos; harmlos verglichen auch mit dem, was die CIA andernorts schon damals angerichtet hat. Ein wichtiges Kapitel dazu hat der *Europäer*-Leserinnen und Lesern nicht unbekannt Historiker Daniele Ganser mit seiner wissenschaftlichen Arbeit *Nato-Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung*⁸ geschrieben: «Ein durch die Nato und die militärischen Geheimdienste koordiniertes Netzwerk von Geheimarmeen war bis zum Auseinanderfallen der Sowjetunion in mehreren westeuropäischen Ländern in schwere Verbrechen verwickelt, darunter Mord, Folter, Staatsstreich und Ter-

ror. (...) Gezielt wurden Attentate gegen die eigene Bevölkerung ausgeführt, um Unsicherheit zu erzeugen und den Ruf nach einem starken Staat zu unterstützen. Sowohl die ursprüngliche Planung als auch die anti-kommunistisch motivierten Verbrechen sind heute der Öffentlichkeit noch weitgehend unbekannt.» Die Schweiz hatte damals zwar auch ihre Geheimorganisationen (P-26 und P-27), die aber zum Glück nicht in die Lage kamen, Unheil anzurichten wie etwa die Nato- und CIA-Geheimarmee Gladio in Italien. Vier Bombenexplosionen in Mailand und Rom, bei denen 16 Menschen getötet und 80 verletzt wurden, standen im Dezember 1969 am Anfang einer Serie von Anschlägen, die im August 1980 ihren Höhepunkt erreichte: Der Bombenanschlag auf den Hauptbahnhof von Bologna forderte 85 Tote und 200 Verletzte. Den ideologischen Hintergrund dazu lieferte das Gladio-Mitglied Vincenzo Vinciguerra vor Gericht. Es ging um eine «Strategie der Spannung»: «Man musste Zivilisten angreifen, Männer, Frauen, Kinder, unschuldige Menschen, unbekannte Menschen, die weit weg vom politischen Spiel waren. Der Grund dafür war einfach. Die Anschläge sollten das italienische Volk dazu bringen, den Staat um größere Sicherheit zu bitten. (...) Diese politische Logik liegt all den Massakern und Terroranschlägen zu Grunde, welche ohne richterliches Urteil bleiben, weil der Staat sich ja nicht selber verurteilen kann.»

Wie man von einem Skandal ablenken kann

Zurück zur Schweiz. Der geschilderte Verfassungsbruch durch Schweizer Justizminister und Regierung ist ein derartiger Skandal, dass er – nach den üblichen medialen Regeln – den ganzen Sommer über mit seiner traditionellen Nachrichtenflaute («Sommerloch») die (politische) Schweizer Öffentlichkeit hätte beschäftigen müssen. Tatsache ist aber offenbar, dass die Geschichte fast vollständig aus dem Bewusstsein der Eidgenossen verschwunden ist. Das hat mehrere Gründe. Der erste ist ein Zufall: Relativ rasch nach der Aufdeckung des Skandals fand in der Schweiz die Fußball-Europameisterschaft statt, die die Aufmerksamkeit der Medienleute und eines großen Teils der Öffentlichkeit weitgehend auf sich zog. Der zweite war ein inszeniertes Manöver mit Ablenkungscharakter, bei dem einerseits die Bush-Regierung und CIA sowie auf Schweizer Seite eine Wochenzeitung eine Rolle spielten. Die Rede ist von der «Befreiung» der französisch-kolumbianischen Politikerin Ingrid Betancourt durch kolumbianisches Militär, die im Februar 2002 von Rebellen der Guerillabewegung Farc entführt und jahrelang als Geisel gefangen gehalten worden war. Befreiung steht hier in Anführungszeichen,

weil es Indizien gibt, dass Löse-, resp. Schmiergeld gezahlt worden ist. Die erwähnte Wochenzeitung ist die *Weltwoche*, die vor einigen Jahren von einem Tessiner Spekulanten an einen Journalisten «verschoben» worden ist, der aus dem einst angesehenen Blatt ein parteiisches Revolverblättchen gemacht hat, das dem besagten ehemaligen Justizminister Puderzucker in den Hintern bläst. Auch sind die Besitzverhältnisse völlig unklar. Niemand geht davon aus, dass der Journalist dem Spekulanten die nötigen Millionen hinblättern konnte, weshalb die Vermutung die Runde macht, dass der Ex-Justizminister, ein Multimilliardär, seine «Portokasse» hier deponiert hat. Diese *Weltwoche* also hat wenige Tage vor Betancourts Befreiung eine Geschichte publiziert, in der einem Schweizer Vermittler vorgeworfen wird, er habe für die Rebellen Partei ergriffen. Das Material wurde offensichtlich ungefiltert aus trüben Quellen geschöpft mit dem innenpolitischen Zweck, auf die schweizerische Außenministerin prügeln zu können, was dann auch wochenlang geschah. Einige Tage nach Betancourts Befreiung wurden die gleichen Angriffe auch von der kolumbianischen Regierung lanciert, wobei man wissen muss, dass Präsident Uribe mit Drogenhandel und Todesschwadronen in Verbindung gebracht wird. Die Geschichte wäre es wert, ausführlich erzählt zu werden; in unserem Zusammenhang hatte sie den offenbar gewünschten Ablenkungseffekt.

Auch der dritte Grund bewirkte Ablenkung vom CIA-Skandal. Da wurde wochenlang sozusagen die Unterwäsche des im letzten Jahr neu gewählten Chefs der Schweizer Armee mit allen Details öffentlich ausgebreitet. Der General wurde von seiner damaligen Freundin verlassen und wollte das nicht akzeptieren, er bedrängte sie immer wieder, bis sie zur Polizei lief und um Hilfe bat. Das so entstandene Polizeiprotokoll landete *lange nach* der Wahl des Sünders zum höchsten Schweizer Militär bei einer schweizerischen Wochenzeitung, die so lange immer wieder Häppchen daraus publizierte, bis der General seinen Rücktritt anbot. Belegt ist, dass dieses Polizeiprotokoll *lange vor* der Wahl auch beim Inlandsgeheimdienst, der dem Justizministerium untersteht, gelandet ist – zu einer Zeit, als der Herr, der für den CIA-Skandal verantwortlich ist, noch im Amt war. Doch der spielt die drei Äffchen: nichts gesehen, nichts gehört, nichts gerochen. Ein Schelm ist, wer dennoch vermutet, dass das Polizeiprotokoll irgendwie so zu den Medien gelangte. Denn entweder ist der Inlandsgeheimdienst nichts wert oder aber er hat seinen Dienstherr auf die brisante Geschichte aufmerksam gemacht. Dann wären die drei Äffchen verräterisch. Wie dem auch sei: So geriet der CIA-Skandal ziemlich in Vergessenheit ...

Verkaufte die US-Regierung die «Atom-Geheimnisse» nach Pakistan und anderswo?

Allerdings hat eine Parlamentskommission versprochen, sich der Sache anzunehmen und bis im Herbst einen Bericht vorzulegen. Ob da wohl Klartext zur Kuschelpolitik für den Kriegsverbrecher Bush geredet wird? Man darf auch gespannt sein, ob dabei ein höchst aufschlussreicher Artikel der ehrwürdigen Londoner *Times*⁹ erwähnt wird. Daraus geht hervor: «Hochrangige US-Regierungsbeamte verkauften brisante Atomtechnologie jahrelang auf dem Schwarzen Markt, an Saudi-Arabien, nach Israel, über türkische Geheimdienstler an den pakistanischen ISI – und über den offenbar auch an Bin Laden und terroristische Gruppen.» Die ehemalige FBI-Agentin Sibel Edmonds beschreibt im Artikel – was mehrere Quellen im FBI und CIA bestätigen – «wie ausländische Agenten, vornehmlich türkische und israelische, ungehindert in den USA ein ganzes Netzwerk von Maulwürfen in atomaren Technologiezentren wie Los Alamos installierten und dort Beamte in Schlüsselpositionen bestachen. Laut Edmonds gehört dazu mindestens ein hochrangiges Mitglied des US-Außenministeriums», aber auch die höchste Ebene des Pentagon ist vertreten.¹⁰

Ein Berliner Publizist fasst den Stand der Geschichte so zusammen: «Die US-Regierung hat mit voller Absicht über ihren Geheimdienst CIA und unter Mitwirkung der Bundespolizei FBI die Anleitungen zum Bau von Atombomben ins Ausland schaffen lassen und dort Agenten anderer Länder zugänglich gemacht. Die «Atom-Geheimnisse», die dann keine mehr waren, wurden auf verschiedenen Wegen an Israel, an die Türkei, an Pakistan und in der Folge auch an den Iran, Libyen und Nord-Korea weitergegeben. Die drei Tinner aus der Schweiz, Vater Friedrich Tinner und seine beiden Söhne Urs und Marco waren CIA-Mitarbeiter und haben einen wesentlichen Teil dieser schweren Verbrechen durchgeführt. Die Schweiz hat die entsprechenden Akten bewusst vernichtet, um eine Anklage gegen die Tinner zu erschweren.» Und: «Dieser Deal wird jetzt von Präsident Bush mit einer geheimen Gesetzesvorlage versucht nachträglich zu legalisieren. Es handelt sich um eine nach dem Atomwaffensperrvertrag international geächtete Tat – und um eine mit Todesstrafe bedrohte in den USA.»¹¹

Fortsetzung folgt ...

Worum es wirklich geht

Nun höre ich schon wieder Berufskollegen: «immer dieser Antiamerikanismus!» Darum sei einmal mehr festgehalten: Zur Debatte steht nicht Amerika, sondern ein Klüngel von Leuten, der sich anmaßt, die Geschicke der

Welt nach ihren Interessen an allen anderen vorbei zu leiten. Es geht um das «angloamerikanische Establishment», wie es Carroll Quigley, von 1941–76 Geschichtspräsident an der Georgetown University in Washington, durchaus bewundernd nannte. Quigley, von dem Bill Clinton als seinem «geistigen Mentor» schwärmte, sprach von einem «internationalen anglophilen Netzwerk, (...) das wir als Round-Table-Gruppen bezeichnen können». Ich weiß von den Aktivitäten dieses Netzwerkes, weil ich sie seit zwanzig Jahren verfolgt habe, und mir wurde in den frühen sechziger Jahren (...) gestattet, seine Papiere und Geheimberichte zu studieren. Ich habe keine Abneigung gegen es oder gegen die meisten seiner Ziele, (...) aber im Allgemeinen ist meine Hauptabweichung von seiner Linie die, dass es gerne unbekannt bleiben möchte, während ich glaube, dass seine Rolle in der Geschichte groß genug ist, um bekannt sein zu sollen.»¹²

Schon Rudolf Steiner hat seinerzeit beobachtet: In gewissen Gruppen des «Westens hat man sich noch den Zusammenhang gewahrt mit den alten Überlieferungen und versucht, ihn (...) in den Dienst eines gewissen Gruppenegoismus zu stellen»¹³. Es geht darum, eine «ahrimanische Unsterblichkeit» für die Gruppenteilnehmer zu schaffen. «Das können sie am allermeisten dadurch, dass sie Gruppeninteressen, Gruppenegoismen vertreten»; das hat auch zur Folge, dass die menschliche Entwicklung von der Hierarchie der Archangeloi (Erzengel) abgeschnitten wird.»¹⁴

Das konnte man auch beim neusten Kaukasuskonflikt und vor allem an der westlichen Reaktion darauf beobachten. Doch das ist wieder eine neue Geschichte.

Boris Bernstein

1 [de.wikipedia.org/wiki/Justizministerium_\(Vereinigte_Staaten\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Justizministerium_(Vereinigte_Staaten))

2 www.antiwar.com/roberts/?art/icleid=13148_17.7.2008; deutsch: zmag.de/artikel_17.7.2008

3 www.heute.de/ZDFheute 1 16.1.2008 (Video)

4 *The New York Times*, 25.8.2008

5 *Neue Zürcher Zeitung*, 26.8.2008

6 *NZZ am Sonntag*, 31.8.2008

7 *Wochenzeitung*, Zürich, 6.3.1992

8 Daniele Ganser: *Nato's Secret Armies: Terrorism in Western Europe*, London 2005; deutsch: Orell Füssli, Zürich 2008

9 *The Sunday Times*, 6.1.2008

10 www.radio-utopie.de/ 6.1.2008

11 *Berliner Umschau*, 8.9.2008

12 Carroll Quigley: *Katastrophe und Hoffnung*, Perseus Verlag, Basel 2006

13 Rudolf Steiner, GA 178, S. 222, 25.11.1917

14 Rudolf Steiner, GA 174, S. 229, 22.1.1917